
Jörg Roesler

Staatsinterventionismus und Marktregulierung als wirtschaftspolitische Alternativen des 19. und 20. Jahrhunderts*

1. Vorbemerkung

Der Beitrag passt sich ein in eine von Mitgliedern der Leibniz-Sozietät in den vergangenen Jahren mit beträchtlicher Intensität geführte Diskussion über Gesellschaftstransformationen. Anders als die Diskussionsbeiträge z.B. von Wolfgang Eichhorn, Gerd Friedrich, Joachim Hermann, Herbert Hörz, Wolfgang Küttler, geht es in diesem Beitrag nicht um den Meinungsstreit um die Aufeinanderfolge bzw. den Grad der Variationsbreite einer oder der Koexistenz unterschiedlicher Formationstypen¹, sondern um die Frage, wie, unter welchen Bedingungen, durch welche Kräfte sich ein gesellschaftspolitischer Paradigmenwechsel vollzieht. Das Problem ist insofern von wissenschaftlichem Interesse, als sich die dann durchgesetzte Alternative offensichtlich nicht geraume Zeit vorher ankündigt bzw. sich nicht vom jeweiligen mainstream der Gesellschaftswissenschaft voraussehen lässt. Gerd Friedrichs unlängst gestellte „offene Fragen“ an den eine gesellschaftliche Krise bewirkenden, sich allein auf Marktregulierungen stützenden „Turbokapitalismus“ und seine ihn beunruhigende Feststellung, dass weder die augenblicklich herrschende wirtschaftswissenschaftliche Lehre des Neoliberalismus noch der Neokeynesianismus eine befriedigende Antwort auf diese Fragen geben können², unterstreichen die Aktualität der Problemstellung nur.

Verglichen mit dem Ablösungsprozess „großer Formationen“ handelt es sich beim Wechsel von dominierender Staatsintervention zu deutlich überwiegen-

* Überarbeitete Fassung des im Plenum der Leibniz-Sozietät am 15. Februar 2001 gehaltenen Vortrags.

der Marktregulierung und umgekehrt um ein abgeleitetes Problem, das aber die Untersuchung der Art und Weise des Vollzugs eines Paradigmenwechsels an mehreren Fällen innerhalb des relativ kurzen historischen Zeitraumes von zwei Jahrhunderten erlaubt und Schlussfolgerungen zulässt, die m.E. über den unmittelbar behandelten Zeitraum und Gegenstand hinausgehen.

Dabei muss ich mich aus Platzgründen in der historisch-beschreibenden Darstellung (Abschnitte 2–5) auf vier Beispiele beschränken. Die analytische Darstellung (Abschnitte 6 und 7) stützt sich auf weitere Fälle wirtschaftspolitischen und wirtschaftswissenschaftlichen Paradigmenwechsels in den beiden vergangenen Jahrhunderten.³

Das im folgende Vorzutragende ist eine Mischung aus nachprüfbaren Fakten, ihrer Interpretation, bei der ich mich überwiegend auf die publizierte Ergebnisse der Überlegungen von Historikern stütze, und Schlussfolgerungen, die ich aus den Fakten und ihrer Einordnung ziehe. Für diese trage ich ganz allein die Verantwortung.

Um die mir gestellte Aufgaben möglichst nachvollziehbar abzuhandeln, werde ich mich erstens der historischen Methode bedienen und folgendermaßen vorgehen: Ich schildere zunächst an je zwei Episoden aus dem 19. und 20. Jahrhundert, wie sich der Wechsel in der Wirtschaftssteuerung von äußerster Zurückhaltung des Staates in der Ökonomie (dem sogenannten Nachwächterstaat) zum aktiven Eingreifen in den wirtschaftlichen Ablauf und oft auch in das Eigentum vollzogen hat bzw. wie sich der Wechsel umgekehrt, von der Präsenz des Staates in der Wirtschaft zu seinem Verzicht auf Einmischung in die Ökonomie einschließlich der Führung von Wirtschaftsunternehmen vollzogen hat.

Ich werde mich zweitens mit den Ähnlichkeiten bzw. Gemeinsamkeiten des Ablaufs, die diese Steuerungswechsel, egal in welche der beiden Richtungen, aufweisen, beschäftigen.

Und ich wage drittens, unter Bezugnahme auf die vier behandelten und weitere Fälle, Schlussfolgerungen zu ziehen bezüglich

- a) der prinzipiellen Möglichkeit
- b) des Zeitpunkts und
- c) der Art und Weise des nächsten Steuerungswechsels.

2. Der Triumph der Marktregulierung über die Staatsintervention: Die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts

Auf einer Anfang Juli 1999 stattfindenden Diskussion über den Kapitalismus in der Herrnhäuser-Gesellschaft argumentierten Eaton und Schrempp, die damaligen gemeinsamen Chefs von Daimler/Chrysler: Dem freien Markt können der Staat keinen Einhalt mehr gebieten. In der globalen Welt könnten auch nationale Grenzen die „Untüchtigen nicht mehr schützen“. Eine staatliche Sozialpolitik, soziale Zielstellungen hätten in der Wirtschaft nichts zu suchen: „Schwache müssen sich verändern, oder sie gehen unter“.⁴

Derartige – in diesem Falle sicher etwas sehr hemdsärmelig vorgetragene – Auffassungen von der Rolle des Marktes und des Staates dominierten auch auf dem europäischen Festland seit Anfang der neunziger Jahre bei Wirtschaftswissenschaftlern, Politikern und natürlich dem leitenden Management der multinationalen Konzerne.

Als primäre Staatsaufgaben betrachten die von ihren Gegnern als „neoliberal“ kritisierten Politiker, die sich auf die Erkenntnisse von Milton Friedman und seine Chicago-boys stützen, die Staats-Aufgabe: Aufgeben soll der Staat seinen Anspruch, in der Wirtschaftspolitik wesentlich mitzumischen. Der Staat müsse sich aus der Wirtschaft zurückziehen. „Weniger Staat, mehr Markt“ lautet ein immer wieder zu hörender Slogan. Die Selbstheilkräfte des Marktes dürften nicht durch das unzureichende, bornierte Wissen der Staates beschädigt werden. Nur der Markt sei weise. Wer sich klüger schätze als jene die Wirtschaft unspektakulär und weise lenkende unsichtbare Hand und interveniere, den würde der Markt schon bestrafen.⁵

Diese Auffassung stützt sich auf einige immer wieder angeführte „unanfechtbare“ Beweise. Es handelt sich dabei vor allem um folgende:

1. um die Wachstumsprobleme der überregulierten Wirtschaften des Westens in den 70er Jahren, vor der „Befreiung der Wirtschaft“ aus den strangulierenden Händen des Staates (USA, England),
2. um den Zusammenbruch der Planökonomien Anfang der 90er Jahre,
3. um die Erfolge der deregulierten Wirtschaften der USA und Großbritanniens seit Reagan und Thatcher sowie einiger Vorreiter (Chile, Neuseeland) bei Wirtschaftswachstum, Währungsstabilität und Beschäftigung

Interessant dabei ist, dass das Wirtschaftssystem der realsozialistischen Länder, das Planungssystem, seit den 90er Jahren, anders als in der Zeit des Kalten Krieges, nicht als grundsätzlich verschieden betrachtet wird von jeder Art westlicher Wirtschaft, sondern lediglich als „Extremform der auch im Westen anzutreffenden Staatseinmischung“ gilt, als eine Variante dieses Staatsinterventionismus, der Marktregulierung und Privateigentum unterdrückt hat. Der Zusammenbruch des sowjetischen Wirtschaftssystems wird seitdem interpretiert als Zeichen der Überlebtheit aller Theorien und Politiken, die für den Staat in der Wirtschaft einen ökonomischen und sozialen Auftrag sehen.

Theo Waigel, damals Bundesfinanzminister, formulierte diese Auffassung, bezogen auf die Eigentumsfrage 1990 so: „Mit dem Offenbarungseid des Kommunismus haben auch alle (westlichen) Wunschvorstellungen von einem angeblich idealen Kompromiss der Ordnungssysteme, von einer 'gemischten Wirtschaft' ... abgedankt“.⁶

3. Staatsintervention als „ultima ratio“: Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts

Von Nixon, dem ersten Konservativen (Republikaner), der nach einem Jahrzehnt der Herrschaft der Demokraten Kennedy und Johnson wieder ins Weiße Haus einzog, wurde erwartet, dass er mit der staatsinterventionistischen Wirtschaftspolitik, dem seine demokratischen Vorgänger zumindest auf sozialpolitischem Gebiet gehuldigt hatten, seitdem der Keynesianer Kenneth Galbraith Kennedy im Wahlkampf beraten hatte, Schluss macht. Was aber tat Nixon? Er führte ein „Vollbeschäftigungsbudget“ im Sinne von Keynes ein, das eine Defizitfinanzierung vorsah, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

„Jetzt bin ich Keynesianer“, erklärte er im Januar 1971 und überließ es seinem Hilfspersonal, die empörten Briefe zu beantworten, die seine konservativen Anhänger zuhauf ins Weiße Haus schickten.

Einem republikanischer Kongressabgeordneten sagte Nixon, er würde dem Haushaltsentwurf des Präsidenten zwar widerwillig unterstützen, müsse nun aber eine Haufen alter Reden verbrennen, in denen er das „deficit spending“ der demokratischen Präsidenten angeprangert habe. Nixon antwortete darauf: „Wir sitzen da in einem Boot“.⁷

Nixon wusste, warum er Keynesianer wurde. Dass man die Wirtschaft nicht sich selbst überlassen dürfe, schon der sozialen Symmetrie wegen, war selbst in den USA seit Roosevelts New Deal vierzig Jahre zuvor gängige Auffassung geworden. Und „Tricky-Dicky“ wollte auch die nächsten Wahlen wieder gewinnen.

John Maynard Keynes ging davon aus, dass das marktwirtschaftliche System durch einen Mangel an zahlungsfähiger Gesamtnachfrage bei gleichzeitigem Überangebot an Waren gekennzeichnet ist. Die „Nachfragelücke“ ist Zeichen dafür, so Keynes' Grundüberzeugung, dass der Marktmechanismus nicht ausreicht, um einen reibungslosen Ablauf des Kreislaufes von Produktion und Verbrauch zu sichern.⁸

Die Probleme können seiner Meinung nach nur durch staatliches Eingreifen überwunden werden, wobei der Staat dank des Multiplikatoreffektes sich nur an bestimmten wichtigen Stellen voll einbringen, also nicht die ganze Wirtschaftsführung übernehmen muss.

Nach den Worten des Keynes-Biografen Robert Skidelsky lautete die unausgesprochene Botschaft des Engländers in ihrer zugespitzte Form. „Der Staat ist weise und der Markt ist dumm“.⁹

Keynes Lehre hat in den USA Roosevelts New Deal beeinflusst, weit mehr aber noch die Politik des 1945 in Großbritannien an die Regierung gekommenen Labourführers Attlee.

Auf der britischen Insel existierte seit der Nachkriegsregierung Attlee ein weitaus größerer Staatssektor als etwa in der Bundesrepublik Deutschland: Kohle, Stahl, Gas, Elektrizität, Wasser, die Eisenbahn, die Fluglinien, die Telekommunikation, Atomkraft und Schiffbau waren ganz oder teilweise im Besitz der Regierung; beträchtliche Anteile hatte sie auch an der Ölindustrie, dem Bankwesen, der Schifffahrt und am Straßenverkehr. Der Labourführer Harold Wilson, studierter Ökonom und von 1964 bis 1970 und nochmals für einige Jahre ab 1974 britischer Premierminister, hielt eine „mixed economy“ für ganz selbstverständlich. Als in Großbritannien die Konservativen an der Macht waren, befürwortete auch Premier McMillan Wohlfahrtsstaat, Vollbeschäftigungspolitik und Planung. Sein Familienunternehmen, der Verlag Macmillan, hatte Keynes' wichtigste Werke veröffentlicht.¹⁰

Auch vor der Bundesrepublik hatte der offen die Staatsintervention fordernde Keynesianismus nicht Halt gemacht. Im Kabinett der Großen Koaliti-

on unter Kiesinger hieß der Wirtschaftsminister Karl Schiller. Er setzte mit Unterstützung des CSU-Chefs und Finanzministers Franz Joseph Strauß die „Globalsteuerung“ der Wirtschaft durch den Staat durch, verschrieb der Wirtschaft einen „Aufschwung nach Maß“ (das Maß bestimmte selbstverständlich der Staat) und hielt eine längerfristige Planung der Wirtschaft für durchaus normal. So entstand die „Mittelfristige Finanzplanung“ von 1967–1971, kam es zu einem „Dreiphasenprogramm des Bundesministers für Wirtschaft zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlebergbaus“ von 1967–1970“. ¹¹

Dass man auch im Frankreich der Planification davon überzeugt war, der Staat dürfe die Wirtschaft nicht allein dem Markt überlassen, sei nur erwähnt.

4. Die Befreiung des Arbeitsmarktes von staatlicher Regulierung im Großbritannien der 1830er Jahre

Das Großbritannien des Adam Smith, er lebte von 1723 bis 1790, war bereits ein bürgerliches, ein kapitalistisches Land. Kein Wunder also, wenn er als erster jene „unsichtbare Hand“ beschrieb, die die Ökonomie angeblich zum Wohle aller effektiv lenken kann, sobald sich der Staat aus der Wirtschaft zurückgezogen hat. ¹²

Zu Smith' Zeiten – und auch noch als David Ricardo sein Credo des Liberalismus „Grundsätze der politischen Ökonomie“ im Jahre 1817 veröffentlichte – war der „freie Markt“ selbst in Großbritannien noch nicht vollständig. Die von den Landlords beherrschten Tory-Regierungen weigerten sich, den Außenhandel und – ordnungspolitisch von weit größerer Bedeutung – den Lohn- und Sozialbereich den Marktkräften zu überlassen. Die Agitation ihrer politischen Gegner, der Whigs, der Interessenvertreter der Industriebourgeoisie, richteten sich in den 20er und zu Beginn der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts vor allem gegen ein Bollwerk staatlicher (hier konkret kommunaler) Einschränkung ungehemmten Unternehmertums: gegen das Speenhamlandsystem.

1795 in eben jenem Ort Speenhamland ausgedacht und bald über ganz England, Schottland und Wales verbreitet, garantierte es, kurz gesagt, dem Lohnarbeiter, mit Hilfe von Gemeindegzuschüssen, ein Mindesteinkommen in der Gemeinde, wo er lebte. Dank dieser staatlichen Subventionen war er zwar

doppelt frei, aber keineswegs, wie es sich die Unternehmen wünschten, flexibel einsetzbar in jenen Betrieben und neuen Industriegebieten, wo er am meisten gebraucht wurde.¹³

Die Hauptkritikpunkte der Whigs am Speenhamlandsystem waren Anfang der 1830er Jahre folgende:

1. Die Zahl derjenigen, die Anspruch darauf haben, versorgt zu werden, sei zu hoch. Die Kommunen, die in beträchtlichem Umfang Finanzmittel aufzubringen hätten, würden daran gehindert, ihre Finanzmittel sinnvoller auszugeben. Eine Folge der Subventionspolitik sei die Gewöhnung „der Armen“ an Bequemlichkeit. Es gebe ein geringes Interesse, wieder eine geregelte Arbeit, vor allem außerhalb der unterstützenden Gemeinde, aufzunehmen. Bei den Armen sei kein Interesse an Selbsthilfe zu erkennen, keine Besinnung auf die eigenen Kräfte und Fähigkeiten möglich.
2. Die Kosten einer derartigen Sozialfürsorge für die Armen stiegen immer mehr an. Das Speenhamlandsystem sei ein Vierteljahrhundert nach seiner Einführung unbezahlbar geworden. Weder die Kommunen noch die Nation als Ganzes sei in der Lage, diese Mittel aufzubringen.
3. Geäußert wurde auch der Vorwurf der Behinderung des freien Unternehmertums, das in der britischen Gesellschaft der 1820er Jahre zunehmend zu einem Wert für sich geworden war.

Nach dem politischen Sieg der Whigs über die Tories im Jahre 1834 verabschiedete das Parlament „The new poor laws“

Was besagte diese Reformgesetzgebung der Armenpflege ?

1. Jeder, der Anspruch auf Unterstützung erhob, musste im „workhouse“ (Arbeitshaus) leben.
2. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen im „workhouse“ wurden drastisch verschärft, um zu verhindern, dass sich der Arme dort wohlfühlen könne. (Abgabe allen Geldes bei Eintritt. Trennung der Familienmitglieder, miserable Verpflegung). Die Arbeiten, die ausgeführt werden mussten, waren degradierend, schwer und oft sinnlos. Häufig handelte es sich um Steinbrucharbeiten. Teilweise kam es zu Misshandlungen der Insassen.
3. Die Aufsicht und Kontrolle der „workhouses“ wurde den Kommunen genommen und zentralen Inspektoren übertragen, um eine Verbesserung der harschen Arbeits- und Lebensbedingungen in den „workhouses“, etwa

durch christlich gesinnte Gemeindevorsteher zu verhindern. In ganz England setzte ein massenhafter Bau von workhouses ein, nunmehr grundsätzlich für mehrere Gemeinden zugleich errichtet.¹⁴

Das Gesetz bewirkte, was mit ihm beabsichtigt war: Jeder, der irgendwie noch konnte, versuchte „außerhalb“ der workhouses Arbeit zu finden – zu welchen Bedingungen auch immer und wo auch immer. Der flexible Arbeiter, bereit jede Arbeit zu geringem Lohn anzunehmen, war geboren. Großbritannien hatte seinen freien Arbeitsmarkt. Der wohl wichtigste Bereich staatlicher Einmischung in diese Wirtschaft war gefallen.

Die Überzeugung, dass der Rückzug des Staates aus dem Bereich des Sozialen richtig sei, war um diese Zeit in England so verbreitet, dass ein bis zwei Jahrzehnte an der Gesetzgebung keine Kritik aufkam. So hieß es bei Markham 1845 rückblickend zu den „new poor laws“: „Ziel der Gesetzgebung war es, den vielfachen Missbrauch der vormaligen Armengesetzgebung zu beseitigen. Die große Masse der arbeitenden Klasse sollen die Gesetze in die Lage versetzen, ein selbstbestimmteres Leben zu führen und eine bessere Chance zu erhalten, wieder an einen Arbeitsplatz zurückzugelangen.“¹⁵

In der Geschichtsschreibung wurde noch jahrzehntelang die öffentliche Meinung von damals ungeprüft übernommen. So hieß es in einem, sich ausdrücklich auf die einschlägige englische Geschichtsschreibung stützenden „Handbuch der englische Geschichte“ von 1896: „Da aber im Laufe der Zeiten von arbeitsscheuem Gesindel mit jenem Geld Missbrauch getrieben und es dadurch wahrhaft Hilfsbedürftigen entzogen war, so wurden, kraft des neuen Armengesetzes alle Arbeitsfähigen bei strenger Strafe zur Arbeit gezwungen und daher den wirklich Notleidenden wesentlich aufgeholfen.“¹⁶

Lediglich eine zeitgenössische anklagende Darstellung der Bedingungen in den workhouses, wie sie seit den „new poor laws“ herrschten, ist weltberühmt geworden, die durch den Schriftsteller Charles Dickens in „Oliver Twist“. Der Roman wurde von ihm 1837/38 geschrieben.

Als letzte Bastion der Staatsintervention in Großbritannien existierte noch die Regulierung des Außenhandels auf der Basis der protektionistischen Corn laws. Auch diese Bastion fiel in den 40er Jahren. So stark war inzwischen die Idee des Freihandels, die besagte, dass man alle Wirtschaftsbereiche der Marktregulierung überlassen müsse, dass derjenige, der die corn laws ab-

schaffte, Robert Peel, ein Tory war, d.h. Premierminister für jene Partei, die die protektionistische Agrarhandelsgesetzgebung 1815 noch einmal im Parlament durchgeboxt hatte.¹⁷

5. Vom Freihandel zum Protektionismus: Der wirtschaftliche Paradigmenwechsel im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in Deutschland

In Deutschland, genaugenommen im Zollvereinsdeutschland, fielen die letzten Bastionen der Staatsintervention in der Wirtschaft nach einer langen, mit den Reformen von 1807 in Preußen eingeleiteten Periode, 1862–65, als der Zollverein mit Großbritannien und anderen europäischen Staaten Freihandelsverträge abschloss. Die Manchesterlehre oder das Freihandelsprinzip, wie man die Auffassung, man müsse die Wirtschaft dem Markt überlassen, auf dem europäischen Festland nannte, hatte auch in Deutschland auf der ganzen Linie gesiegt. Selbst der preußische Handelsminister jener Tage, ein Graf Itzenplitz, war ein Wirtschaftsliberaler der Konservativen Partei.¹⁸

Knapp zwei Jahrzehnte später aber, zur Zeit des hier zu betrachtenden Zeitraumes, war die herrschende Meinung in Deutschland eine ganz andere geworden, und die Wirtschaftspolitik war es in vieler Hinsicht auch.

Dazwischen lag allerdings das traumatische Erlebnis der Gründerkrise.

Sie hatte in den Augen vieler die „Manchesterlehre“, die Auffassung, dass man die Wirtschaft dem Markt, dem Wirken der unsichtbaren Hand, überlassen müsse, gründlich diskreditiert. „Die altgeträumte Freiheit der Konkurrenz ist am Ende ihres Lateins und muss ihren offenbaren skandalösen Bankrott selbst ansagen.“¹⁹ Auch für die Politik galt die Freihandelslehre nicht mehr als unbedingte Anleitung zum Handeln.

Im sogenannten „Weihnachtsbrief“ vom 15. Dezember 1878, in dem von Bismarck begründet wurde, warum er für Schutzzoll auf sämtliche Produkte mit Ausnahme einiger in Deutschland nicht vorhandener Rohstoffe, wie z.B. Baumwolle sei, hieß es: „Es ist des Kanzlers Streben auch in der Zollpolitik des Reiches darauf gerichtet, die Behandlung der Zollfragen nicht nach den Auffassungen und Geboten bloßer Lehrmeinungen, sondern vor allem nach den Anforderungen der tatsächlichen Lage der Dinge und nach den wirklichen Bedürfnissen des Volkes zu gestalten.“²⁰

Im Juli 1979 stimmte der Reichstag mit einer Mehrheit von fast 100 Stimmen dem Ende der Freihandelsära in Deutschland zu.

Ein Jahr zuvor schon hatte die Überführung der deutschen Eisenbahnen in Staatseigentum begonnen. Das Staatseigentum war in diesem Fall die Grundlage für die Staatsintervention. Das Reich setzte eine nicht vorrangig an betriebswirtschaftlichen, sondern wirtschaftspolitischen Zielen orientierte Gütertarifpolitik durch.²¹

Zum dritten Bereich der Staatsintervention wurde die Sozialgesetzgebung. Entgegen dem Gebahren kommerzieller privater Versicherungen, denen es in einem Vierteljahrhundert nicht gelungen war, nennenswerte Teile der Arbeiterschaft zu gewinnen, verzichtete der Staat auf Eintrittsuntersuchungen der Versicherten und auf Risikoausschlüsse, bestand aber auf der Versicherungspflicht für alle Arbeitnehmer (Zwangsversicherung). Er griff sowohl in die Tasche der Arbeiter als auch der Unternehmer, von denen er 2/3 bzw. 1/3 der an die Kassen einzuzahlenden Beiträge abverlangte.²²

Bismarck ließ sich dabei weder vom „ewigen“ Kronprinzen und kurzfristigen zweiten deutschen Kaiser Friedrich beeinflussen, der sich über des Kanzlers „sozialen Staatsinterventionismus“ beschwerte, noch vom Zentrumsabgeordneten Windhorst, der vom „staatssozialistischen Reichszuschluss“ sprach und meinte, am Ende solcher Kanzlerpolitik stünde dann doch wohl der Sozialismus.²³

Bismarck brauchte weder den einen noch den anderen zu fürchten. Staatsintervention im Wirtschafts- und Sozialbereich war in den 1880er Jahren in der Öffentlichkeit bereits weitgehend akzeptiert. Bismarck konnte sich, wenn er wollte, auf die inzwischen meinungsführenden Kathedersozialisten stützen. Von ihnen hat wohl am ausgiebigsten Adolph Wagner die Notwendigkeit der Staateinmischung begründet. Schon 1879 schrieb er: „Geschichtliche und räumliche, verschiedene Länder umfassende Vergleiche zeigen, dass bei fortschreitenden Kulturvölkern regelmäßig eine Ausdehnung der Staatstätigkeit erfolgt... Der Staat ... wird dabei absolut immer wichtiger für die Volkswirtschaft und für den einzelnen. ... Produktionstechnischen Gründe führen dabei immer mehr zu einer gesteigerten Tätigkeit des Staats, der Gemeinde usw. selbst in der Sphäre der materiellen und der Individualbedürfnisse.... Ihre Kenntnis berechtigt uns, von einem (volkswirtschaftlichen) Gesetze der wachsenden Ausdehnung der öffentlichen und speziell der Staatstätigkeiten zu sprechen...“.²⁴

6. Zu den historisch verifizierbaren Gemeinsamkeiten der Steuerungswechsel in der Wirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert.

1. Gemeinsamkeit: Es fällt auf, dass zu „ihrer“ Zeit die jeweilige Auffassung bzw. Wirtschaftspolitik nicht nur dominiert, sondern andere, entgegengesetzte Auffassungen fast verdrängt.

In den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts beklagten französische Anhänger der Staatsintervention das „Einheitsdenken“ der Anhänger der Marktregulierung, deutsche Neokeynesianer den „Alleinvertretungsanspruch“ bzw. „eindimensionales Denken“ der Neoliberalen. „Erstaunlich“, vermerkt Lafontaine in seinem jüngsten Buch, „wie beflissen sich heute viele als Exorzisten gebärden und sich bemühen, die Geschichte in eine einzige Richtung zu denken, alternativlos“.²⁵

Andere Gegner der alleinigen Marktregulierung wie George Soros etwa sprechen dediziert vom Vorherrschenden eines aggressiven „Marktfundamentalismus“ in der Öffentlichkeit weltweit.²⁶

Was hier als Gegenwartsphänomen sehr unangenehm empfunden wird, ist allerdings keine Neuheit des ausgehenden 20. Jahrhunderts, sondern war typisch für die öffentliche Darstellung jeder Methode der Wirtschaftsregulierung, sobald diese sich durchgesetzt hatte.

2. Gemeinsamkeit: Die „Einseitigkeit“ der herrschenden Meinung hat viel damit zu tun, dass die Wirtschaftswissenschaftler, die bekannteren und immer wieder zitierten Vertreter der verbreitetsten Schulen, jeweils passend Anhänger der Staats- bzw. Marktregulierung sind – wie es gerade die herrschende Wirtschaftspraxis fordert.²⁷

Dagegen spricht auch nicht, das einzelne Ökonomen zu ihren nicht mehr oder noch nicht mehrheitsfähigen Auffassungen ein Leben lang stehen.

Das prominenteste Beispiel ist wohl der Österreicher Friedrich von Hayek. Erste bedeutsame Essays gegen den Staatsinterventionismus von ihm erschienen in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre. Selbst die Ausrichtung seiner Theorie gegen die Planwirtschaft sowjetischen Typs (1944: Der Weg in die Knechtschaft) machte ihn nicht populärer. Der Repräsentant der herrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Theorie, Keynes, urteilte über Hayek: „Privat kommen wir sehr gut miteinander aus. Aber was für ein Unsinn seine Theorie ist“.²⁸

Für diese „unsinnige“ Theorie erhielt Hayek 1974 den Nobelpreis.

Obwohl Hayek und eine kleine Zahl von Ökonomen, die so wie er dachten (u. a. der seit 1948 sein monetaristisches Gedankengut an der Universität Chikago verkündende Milton Friedman) immer wieder mit neuen Publikationen hervortraten, in denen sie mehr Freiheit für den Markt und den Rückzug des Staates aus der Ökonomie forderten, blieb die durch Keynes geprägte Auffassung vom notwendigen und nützlichen Eingreifen des Staates in der Wirtschaft bis Mitte der 70er Jahre unangefochten.

3. **Gemeinsamkeit:** Daraus lässt sich schlussfolgern, dass es nicht die (wirtschaftswissenschaftlichen) Ideen sind, die den Umschwung von einem Extrem (z.B. Staatsinterventionismus) ins andere (z.B. Marktradikalismus) bewirken, sondern dass sich die Wirtschaftspolitiker von der Wirtschaftspraxis leiten lassen, wenn sie dem einen abschwören und auf das andere Lenkungsprinzip setzen. Eindeutig heißt es auch bei Gerd Friedrich über die Situation am Ausgang des 20. Jahrhunderts.: „Nicht die neoliberale Theorie prägt die Wirtschaftspraxis – es sind die derzeitigen praktischen Bedürfnisse des Kapitals, die in Gestalt der neoliberalen Theorie ihre beste Begründung finden, genau wie wenige Jahrzehnte zuvor der Keynesianismus die beste Erklärung für die Wirtschaftspolitik unter den damaligen Bedingungen lieferte.“²⁹

Bemerkenswert nüchtern hat sich von den Wirtschaftswissenschaftlern Friedman zu dieser Frage geäußert. „Einzelne Menschen haben keinen Einfluss, wenn sie für andere Wege der Wirtschaftspolitik argumentieren. ... Es war nicht mein Reden, das die Leute dazu brachte, diese Ideen anzunehmen, so wie der krähende Hahn nicht die Sonne aufgehen lässt.“³⁰

Die pragmatische Bereitschaft zum Wechsel war dann immer gegeben, wenn die bisher erfolgreichen wirtschaftspolitischen Rezepte aufhörten zu wirken bzw. das Gegenteil von dem bewirkten, was sie solange bewirkt hatten.

Ein erstes Beispiel: Die letztlich von den Kommunen aufzubringenden Mittel für das Funktionieren des Speenhamlandsystems stiegen zwischen seiner Einführung 1795 und dem Jahre 1816 relativ langsam an, um dann bis 1832 gegenüber 1776 von 1,5 Mill. Pf. jährlich auf 7 Mill. Pfd. oder auf fast das Fünffache zu steigen.³¹ Das war tatsächlich kaum noch bezahlbar.

Auch bei den Sozialleistungen in den westeuropäischen Ländern, in der zweiten Hälfte der 1940er bzw. in den 1950er Jahren durchgesetzt und zunächst durchaus verkraftbar, setzte in den 70er Jahren eine Kostenexplosion ein, die es geraten sein ließ, über das Sozialsystem neu nachzudenken.³²

Ein zweites Beispiel: Das Ende des Keynesianismus als Wirtschaftspolitik hieß „Stagflation“ (Stagnation, Inflation). Nach der Keynes'schen Lehre des „deficit spending“ konnte man (etwas) Inflation riskieren, weil sich dadurch die Nachfrage nach Gütern erhöhte, die Konjunktur wieder ansprang und das Wirtschaftswachstum erneut zunahm. Das gleichzeitige Auftreten von Wachstumsschwäche und Inflation, gepaart mit steigender Arbeitslosigkeit in den 1970er Jahren, aber machte die staatsinterventionistisch gesinnten Wirtschaftspolitiker hilflos und den Keynesianismus unglaubwürdig.³³

Ein drittes Beispiel: Der Freihandel musste (nach Smith und Ricardo) zu höherer Effizienz und Beschleunigung des Wirtschaftswachstums im Ergebnis zunehmender internationaler Arbeitsteilung führen. Das war anderthalb Jahrzehnte lang auch im Zollvereinsdeutschland nachvollziehbar.

Die Zahl der Industriebeschäftigten (hier zu nehmen als Synonym für das Wachstum der Industrieproduktion) wuchs vor dem Übergang zum Freihandel (1846–1861) jährlich um 1,3%, mit Einführung des Freihandels (1861–1875) aber jährlich um 4,2%.³⁴ Der weltweite Freihandel (gemeint ist die Welt des weißen Mannes) führte dann aber auch zur schwersten Wirtschaftskrise des 19. Jahrhunderts (in Deutschland: Gründerkrise), und zur einer darauffolgenden generellen Verlangsamung des Produktionswachstums für fast zwei Jahrzehnte. Wirtschaftshistoriker sprechen für die Zeit von der Mitte der 70er bis Mitte der 90er Jahre von der Zeit der „Großen Depression“.³⁵ Das machte die Manchesterlehre unglaubwürdig und provozierte förmlich eine Wirtschaftspolitik des Protektionismus, d.h. der Staatseingriff.

4. **Gemeinsamkeit:** Auch die neue Wirtschaftspolitik war zunächst vor allem eine pragmatische. Der Staat griff ein, wo der Markt offensichtlich versagte, bzw. die Politik überließ die Wirtschaft dem Markt, wo der Staat offensichtlich versagte.

Ganz deutlich zu beobachten war das im Falle einer der wohl schnellsten und radikalsten Wenden von einem Wirtschaftssteuerungsprinzip zum andern – beim New Deal von Franklin D. Roosevelt. Der Präsidentschaftskandidat der

Demokraten verfügte über keine wirtschaftswissenschaftliche Theorie, als er im Wahlkampf antrat und gegen den auf die traditionelle Wirtschaftslehre des freien Marktes eingeschworenen Präsidenten Herbert Hoover siegte. Roosevelt und seinen Beratern stand auch noch keine wirtschaftswissenschaftliche Theorie zur Verfügung, als er am 9. März 1933 mit dem Bankennotstandsgesetz die neue staatsinterventionistische Wirtschaftspolitik der USA einleitete.³⁶

Aus Legitimationsgründen braucht die neue Wirtschaftspolitik aber auch eine (passende) Wirtschaftstheorie. Roosevelt trat in Briefwechsel mit dem gerade an seinem Hauptwerk arbeitenden Keynes (Das Buch erschien dann 1936). Keynes war auch einmal persönlich bei Roosevelt in Washington. Dieses Treffen hatte vor allem legitimatorische Bedeutung. Ähnliches geschah – unter anderen wirtschaftspolitischen Vorzeichen – später wieder:

Margareth Thatcher, strikte Verfechterin der Marktregulierung, war noch Oppositionsführerin und rüstete sich zum Sturm auf Downing Street 10, als sie von Hayek am Institut of Economic Affairs in London traf.

Ronald Reagan, ebenso wie die britische Premierministerin, ein Gegner des Staatsinterventionismus, traf sich als Präsidentschaftskandidat der Republikaner in Kalifornien mit Milton Friedman.

Nach der wirtschaftspolitischen Wende vom Staatsinterventionismus zur Marktregulierung wurden dann jene Wirtschaftswissenschaftler geehrt, die der neuen Wirtschaftspolitik die wissenschaftliche Legitimation lieferten.

Der jahrzehntelang wissenschaftlich isolierte von Hayek erhielt mit einmal den Nobelpreis (1974, zusammen noch mit dem Neokeynesianer Myrdal). 1976 war Milton Friedman an der Reihe. Insgesamt erhielten von 1974 bis Ende der 1990er Jahre 8 Professoren aus Chicago und weitere 11, die zeitweise mit Chicago verbunden waren, den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.

5. Gemeinsamkeit: Wirtschaftskrisen haben sich stets als Beschleuniger bzw. Vertiefer des Wechsels der Wirtschaftssteuerung erwiesen. Milton Friedman drückte es so aus: „Einzelne Menschen haben keinen Einfluss, wenn sie für andere Wege der Wirtschaftspolitik argumentieren. Ihre Rolle ist es, Ideen lebendig zu halten, bis eine Krise kommt.“³⁷

Ohne die Gründerkrise wäre der Protektionismus in Deutschland und anderswo aller Wahrscheinlichkeit nicht so schnell gekommen.

Ohne den Leidensdruck der „Great Depression“ , ohne die Weltwirtschaftskrise in den USA, hätte das (neben Großbritannien) Hauptland des „Laissez faire“ kaum zum ausgeprägten Staatsinterventionismus des New Deal gefunden, und das auf keinen Fall innerhalb wirklich „historisch kürzester Frist“. (Zwischen Roosevelts Amtsantritt und dem ersten New Deal-Gesetz vergingen nur fünf Tage). Roosevelts war trotz nur verschwommener Wahlversprechen auf wirtschaftlichem Gebiet vor allem gewählt worden, weil er eins zugesagt hatte: „Action, and action now“.³⁸

Den Beschleuniger für die Ablösung des Staatsinterventionismus durch einen neuen Marktradikalismus spielte die Weltwirtschaftskrise von 1973/74, die durch den ersten Erdölpreisschock ausgelöst worden war und die dem bereits ins Schwanken geratene Gebäude keynesianische Konjunkturpolitik mehr abverlangte, als es noch bieten konnte.

„Wie Friedman selbst es sah, folgte die Akzeptanz der Chicagoer Ideen zuerst aus der Stagflation und der ökonomischen Sackgasse der 70er Jahre und dann aus dem Fall der Berliner Mauer“.³⁹

Von den Beispielen, auf die ich mich hier bezog, war es lediglich die Abkehr vom Staatsinterventionismus in England in den 1830er Jahren (Arbeitsmarkt) bei der sich der Wechsel in der Wirtschaftssteuerung nicht an einer Wirtschaftskrise festmachen ließ.

6. Gemeinsamkeit. Der Wechsel in der Wirtschaftssteuerung muss sich, ungeachtet seiner großen Bedeutung für die Gesellschaft, nicht zwangsläufig als Politikwechsel großen Stils vollziehen. Der Wechsel in der Wirtschaftspolitik konnte natürlich mit einem Regierungswechsel, einem Wechsel der Regierungspartei verbunden sein. Das war aber nicht zwingend so.

Sicherlich, das New Deal war in den USA verbunden mit einem Wechsel von den Republikanern, die 12 Jahre, seit 1921 geherrscht hatten, zu den Demokraten, die dann sogar 20 Jahre die Regierungspartei stellen sollten.

Die Politik des Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft wurde in den USA wie in Großbritannien mit einem Wechsel der Regierungspartei eingeleitet (vom Demokraten Carter zum Republikaner Reagan, von Labour-Politiker Calaghan zu Vertreterin der Konservativen, Thatcher).

Aber: Der Konservative (Republikaner) Nixon betrieb Anfang der 1970er Jahre eine sozialpolitisch orientierte staatsinterventionistische Wirtschaftspolitik genauso wie der Demokrat Johnson.

Der Tory Peel betrieb die Entstaatlichung der englischen Wirtschaft in den 1840er Jahren genauso wie seine liberalen Vorgänger Grey und Melbourne in den 1830er Jahren. (Man könnte hinzufügen: Der Sozialdemokrat Schröder wie der Christdemokrat Kohl, Waigel wie Eichel. Oder: der Labourpolitiker Blair wie der Konservative Thatcher-Nachfolger Major).

7. Einige Schlussfolgerungen aus der Betrachtung der Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft: Der Zyklus des Steuerungswechsels.

1. Um mit der wohl wichtigsten zu beginnen: Seitdem es eine moderne Wirtschaft gibt, gibt es auch den Wechsel zwischen den beiden geschilderten grundlegenden Steuerungsprinzipien.

Dies ist Fakt, aber so nicht akzeptiert. Zur ideologischen „Eindimensionalität“ des jeweils herrschenden Steuerungsprinzips gehört, dass es nicht nur für das einzig richtige, das beste gehalten wird, sondern dass man auch meint, dass es ewig währen wird.

Das glauben natürlich auch die Verfechter des heutigen Marktradikalismus.

Aus der Sicht der Geschichte des 19. und 20. Jahrhundert ist es allerdings unwahrscheinlich, dass der jüngste Wechsel im Steuerungsprinzip, der sich in den 1980er/90er Jahren vollzog, der letzte sein wird. Genau so wenig wie das Anfang der 90er Jahren von Fukuyama angekündigte Ende der Geschichte ist ein Ende der Wirtschaftsgeschichte (der Geschichte der Wirtschaftspolitik) zu erwarten. Anders ausgedrückt: Der nächste Steuerungswechsel kommt mit großer Wahrscheinlichkeit. Er wird in irgend einer geeigneten Form (nationalstaatlich, regionalstaatlich, denkbar sind z.B. EU, NAFTA, ASEAN), weltweite gemeinsame non-profit Organisationen) wieder die Rolle der Staatsintervention stärken.

2. Der Wechsel des wirtschaftlichen Steuerungsmechanismus kam jeweils überraschend. Selbst die Hauptakteure waren sich nicht sicher. Erst als er vollzogen war, stellte man jeweils erstaunt fest, dass er sich schon jahrelang angekündigt hatte. Mit der Prognostizierbarkeit des Zeitpunktes, zu dem man den Paradigmenwechsel erwarten konnte, war es niemals weit her. Das bloße Vorhandensein von Gegenstimmen, von Befürwortern einer zu einer anderen Wirtschaftspolitik verpflichtenden Wirtschaftstheorie, war niemals Indiz für den baldigen Wechsel. Hayek schrieb seit der zweiten Hälfte der 1930er Jah-

re gegen den Staatsinterventionismus, Friedman seit der zweiten Hälfte der 40er Jahre. Der Paradigmenwechsel aber, für den sie geschrieben hatten, wurde erst 30 bzw. 40 Jahre später eingeleitet.

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass es auch in Zukunft wenig sinnvoll ist, den Zeitpunkt des nächsten Steuerungswechsels in der Wirtschaft zu prognostizieren.

3. Der Ablauf des zu erwartenden Steuerungswechsels dagegen lässt sich mit einiger Sicherheit vorhersagen.

1. Phase: Die gewohnten positiven Wirkungen der bisherigen, in aktuellen Falle voll auf Marktregulierung orientierten Wirtschaftspolitik treten nicht mehr so sicher ein wie bisher. Es kommt zu ersten Verunsicherungen über die Wirksamkeit und auch Zweckmäßigkeit des bisher als über alle Zweifel erhaben betrachteten Instrumentariums.

2. Phase: Eine Wirtschaftskrise, die ursächlich nicht einmal unbedingt direkt mit den genannten Wirkungsverlusten verbunden sein muss, stellt zusätzliche Anforderungen, denen sich das Steuerungssystem nicht gewachsen zeigt. Die Unsicherheiten verstärken sich. Die Wirtschaftspolitik agiert zunehmend hilflos. Die eingeübten Mechanismen der Wirtschaftspolitik versagen auch vor den Augen der Öffentlichkeit, die immer weniger bereit ist, deren negative Konsequenzen zu akzeptieren.

3. Phase: Die Wirtschaftspolitiker, enttäuscht von den bisherigen Steuerungsrezepten, greifen (zunächst vielleicht als rein pragmatisch gedachte Notstandsmaßnahme) zu neuen, d.h. zu anderen, dem bisherigen Steuerungssystem entgegengesetzten, d.h. im zu erwartenden Falle zu staatsinterventionistischen Maßnahmen. Gerd Friedrich hat es so formuliert: „Der Paradigmenwechsel in den Wirtschaftswissenschaften wird weniger durch neue Einsichten als vielmehr durch veränderte Verwertungsbedingungen des Kapitals hervorgerufen.“⁴⁰ Die neuen Wirtschaftspolitiker können jenen Parteien angehören, die bisher in Opposition standen, oder auch bisher schon regierten, oder auch ganz neue Parteien und Bewegungen, die sich erst noch bilden, repräsentieren. Oder es handelt sich bei ihnen um sogenannte unpolitische Fachleute. Alle Varianten sind möglich.

4. Phase: Die neue Wirtschaftspolitik legitimiert sich mit einer – im zu erwartenden Falle den Staatsinterventionismus befürwortenden – Wirtschaftslehre. Die Politiker könnten dabei auf bereits vorhandene Kritiker der bislang

geltenden herrschenden Lehre, die isoliert agierten, zurückgreifen. Davon gibt es, wenn man nur die im Auge hat, die weltweit bekannt sind, eine stattliche Anzahl. George Soros, John Gray, Lester C. Thurow⁴¹ gehören zu den bekanntesten. Ehrungen für sie stellen grundsätzlich kein Problem dar. Nobelpreise gibt es immer wieder. Man kann natürlich auch auf neue Männer warten, die ihre Lehre direkt aus den auftretenden. Problemen ableiten.⁴²

Gegenüber den unter dem alten Steuerungssystem in der Endphase seiner Wirksamkeit zu verzeichnenden wirtschaftlichen Fehlentwicklungen funktioniert die Wirtschaft besser, gut, vielleicht sogar hervorragend. Fast alle Wirtschaftspolitiker, erst recht fast alle Wirtschaftstheoretiker, sind nunmehr davon überzeugt, das man endgültig auf dem „richtigen“ Wege ist. Solange die Wirtschaftspraxis nicht sehr deutlich das Gegenteil signalisiert, gilt die neue Wirtschaftstheorie als durch die Praxis bewährt, sie herrscht so eindeutig, als hätte es eine andere nie gegeben.

Der Zyklus des Steuerungswechsels ist abgeschlossen.

Anmerkung

- 1 Wolfgang Eichhorn/Wolfgang Küttler, „Geschichte in möglichen Perspektiven denken. Formationsentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert“ in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 34, H. 7/1999, S. 7–52; Gerd Friedrich, „Zur Krise des Akkumulations- und Regulierungsmechanismus der Wirtschaft“ in: Ebd., S. 53–72; Joachim Herrmann, „Vorkapitalistische Gesellschaftsformationen und historische Epochen“ in: Ebd., S. 73–92; Gerd Friedrich, „Wachstumsschwäche und Strukturwandel in alten Industrieländern“ in Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 36, H. 1/2000, S. 5–40; Herbert Hörz, „Wissenschaftstypen und Gesellschaftstransformation“ in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 37, H. 2/2000, S. 11–33.
- 2 Friedrich 2000, S. 32–35.
- 3 Nicht in diese Darstellung einbezogen, aber prinzipiell zum Thema gehörend, sind Paradigmenwechsel innerhalb der „gesellschaftlichen Ordnungen des sowjetischen Typs“. Vgl. zu deren Einordnung in die Aufeinanderfolge von Gesellschaftsformationen die Ausführungen von Wolfgang Eichhorn und Wolfgang Küttler (Eichhorn/Küttler 1999, S. 37. Ein markantes Beispiel ist die Einführung des neuen ökonomischen Systems in der DDR in der Mitte der 60er Jahre. (Vgl. Jörg Roesler, Das Neue Ökonomische System – Dekorations- oder Paradigmenwechsel? Berlin 1993).
- 4 Die Welt vom 3.7.1999.
- 5 Vgl. grundsätzlich: Milton Friedman, *Capitalism and Freedom*, Chicago 1982. Zur Chicagoer Schule vgl. Daniel Yergin/Joseph Stanislaw, *Staat oder Markt. Die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts*, Frankfurt/New York 1999, S. 195–203.
- 6 Bayernkurier 29.9.1990.
- 7 Yergin/Stanislaw 1999, S. 78–79.

- 8 Grundsätzlich: John Maynard Keynes, *Die allgemein Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin 1936.
- 9 Zitiert in: Yergin/Stanislaw, S. 53.
- 10 John Gray, *Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen*, Berlin 1999, S. 35–42.
- 11 Wolfram Weimer, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro*, Hamburg 1998, S. 185–193.
- 12 Grundsätzlich: Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*, München 1974.
- 13 Karl Polanyi, *The Great Transformation*, Boston 1977, S. 77–85.
- 14 John Wilkes, *A Social and Economic History of Modern Britain*, Cambridge 1984, S. 224–231.
- 15 M. Markham, *A History of England*, London 1846, S. 534.
- 16 Blanche v. Kübeck, *Handbuch der englischen Geschichte*, Wien/Pest/Leipzig 1896, S. 18.
- 17 A. L. Morton, *A People's History of England*, Berlin 1977, S. 401–407.
- 18 A. Sartorius von Walterhausen, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815–1914*, Jena 1923, S. 208–219.
- 19 Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. III, Berlin 1949, S. 479. Zitiert in Friedrich 2000, S. 32.
- 20 Zitiert in: Sartorius 1923, S. 309. Detaillierter zu Bismarcks Rolle: Ernst Engelberg, *Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas*, Berlin 1990 S. 309–320.
- 21 Hans Mottek/Walter Becker/Alfred Schröter, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands*. Bd. III., Berlin 1974, S. 118–120.
- 22 Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*. Bd. I. *Arbeitswelt und Bürgergeist*, München 1991, S. 341–345.
- 23 Engelberg 1990, S. 384–386.
- 24 Zitiert in: Robert Kurz, *Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft*, Frankfurt/Main 1999, S. 229.
- 25 Oskar Lafontaine, *Das Herz schlägt links*, München 1999, S. 294.
- 26 George Soros, *Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr*, Berlin 1998, S. 19.
- 27 So ging auch die Mehrzahl der bundesdeutschen Wirtschaftswissenschaftler, die Anfang 1990 in bezug auf den Modus des Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft für eine relativ strenge staatliche Regulierung des Transformationsprozesses in der DDR plädiert hatte, im Laufe des 2. Halbjahres 1990 zur Befürwortung der Dominanz der Marktkräfte in der Regulierung der ostdeutschen Wirtschaft über. (Jörg Roesler, „Es schlug nicht die Stunde der Ökonomen. Zur Rolle der Wirtschaftswissenschaftler bei der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft“, in: 1999. *Zeitschrift für das 19. und 20. Jahrhundert*, H. 3/1996, S. 78–101).
- 28 Zitiert in Yergin/Stanislaw 1999, S. 192.
- 29 Friedrich 1999, S. 67.
- 30 Zitiert in: Friedrich 2000, S. 201.
- 31 Wilkes 1984, S. 26.
- 32 Friedrich 2000, S. 24–26.
- 33 Ebd., S. 22–25.

- 34 Berechnet nach: Gerhard Bondi, Deutschlands Außenhandel 1815–1870, Berlin 1958, Statistischer Anhang.
- 35 Mottek/Becker/Schröter 1974, S. 154–180.
- 36 Harold U. Faulkner, Geschichte der amerikanischen Wirtschaft, Düsseldorf 1957, S. 676–683; Yergin/Stanislaw 1999, S. 72–73.
- 37 Zitiert in: Yergin/Stanislaw 1999, S. 221.
- 38 N.N. Jakowlew, Franklin D. Roosevelt. Eine politische Biographie, Berlin 1977, S. 173–178 R. B. Neye/J.E. Morpurgo, A History of the United States, Harmondsworth 1955, S. 662.
- 39 Zitiert in: Yergin/Stanislaw, S. 73.
- 40 Friedrich 1999, S. 67.
- 41 Lester C. Thurow, Die Zukunft des Kapitalismus, Düsseldorf 1996.
- 42 Bei den Preisverleihungen lässt sich, so bald man sie über eine längere Periode betrachtet, immer wieder feststellen, dass nicht der theoretische Gehalt, wie in der (ganz unpolitischen, „rein wissenschaftlichen“) Begründung immer vorgegeben, sondern die aktuelle wirtschaftspolitische Relevanz der wirtschaftswissenschaftlichen Gedankengutes für die Nominierung ausschlaggebend gewesen ist.